

# Gruppe grüne X soli im Kreistag Lüchow-Dannenberg

**Kreistag 16.12.2019 TOP Bunte Vielfalt, Toleranz und Solidarität statt Antisemitismus, Rassismus, Ausgrenzung und Hass!**

Beschlussvorschlag:

**Bunte Vielfalt, Toleranz und Solidarität statt Antisemitismus, Rassismus, Ausgrenzung und Hass!**

Wir, die Abgeordneten des Kreistags Lüchow-Dannenberg sehen uns in der Pflicht, der zunehmenden rechten Gewalt in Deutschland und der daraus resultierenden Bedrohung von Menschen aktives demokratisches Handeln entgegenzusetzen.

Wir betrachten das „Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 7.März 1966“, dem Deutschland 1969 beiträt, neben der Charta für Menschenrechte, dem deutschen Grundgesetz und weiteren internationalen Vereinbarungen als eindeutige, verbindliche Grundlage und Richtschnur für eine energische Bekämpfung rechtsextremistischer Taten.

Wir setzen dem rechtsextremistischen menschenverachtenden Weltbild, daraus abgeleiteten Äußerungen und Taten das Ziel einer offenen Gesellschaft der bunten Vielfalt, Toleranz und Solidarität entgegen.

An jedem Tag, in jeder Situation müssen diese Tugenden von uns gelebt, eingefordert und verteidigt werden. Dazu gehört zuvorderst der solidarische Schutz bedrohter Menschen.

Wir fordern insbesondere von staatlichen Einrichtungen, Behörden, Institutionen endlich der Schwere der Bedrohungen entsprechende gesetzliche Grundlagen und Handlungen, sowie das konsequente Befolgen oben genannter Vereinbarungen und Gesetze.

Begründung:

Nicht erst die abscheulichen Morde von Halle und Kassel zeigen, dass rechtsextremistische Täter in Deutschland die Grundfesten einer solidarischen Gesellschaft erschüttern. In den letzten 30 Jahren haben rechte Mörder ca. 200 Menschen in Deutschland getötet.

Todeslisten, konkrete Morddrohungen gegen Personen, anonyme Hassmails sind an der Tagesordnung ohne ausreichenden Schutz für die Betroffenen.

Lange wurden viele dieser Taten nicht vor ihrem rechtsextremistischen Hintergrund gesehen oder als Einzeltaten verharmlost. Staatliche Stellen versagten oft bei konsequenter Verfolgung und vor allem bei notwendigen Präventions- und Schutzmaßnahmen. Statt dessen sahen sich Opfer häufig institutionellem Rassismus in den Behörden ausgesetzt.

Dabei sind Rassismus und Diskriminierung keinesfalls nur unfair oder durch die freie Meinungsäußerung gedeckt sondern verstoßen gegen geltendes Recht (s.o. Internationales Übereinkommen....).

Umso unverständlicher ist es, dass vielen dieser rechten Morde und Taten das gesprochene und geschriebene Wort im öffentlichen gesellschaftlichen Alltag ungeahndet voraus ging, und nach wie vor ungehindert ein Klima der Normalität für rassistisches, antisemitisches Denken und Handeln schafft.

Reden von Pegida-Gründer Bachmann oder dem Faschisten Björn Höcke vergiften das gesellschaftliche Klima und öffnen die Tür für völkische, rassenideologische Formulierungen bis in die Parlamente hinein. Die vulgärdarwinistische Gesellschaftstheorie eines Thilo Sarrazin liegt in Form seiner Bücher in Millionen deutschen Haushalten. Seine Thesen bzw. deren Nichtahndung führten inzwischen zu einer Rüge des zuständigen UN-Ausschusses gegen Deutschland – ohne Folgen.

Nicht nur die NSU-Morde und das Versagen der staatlichen Organe zeigen das massive, möglicherweise nicht zufällige Unterschätzen rechtsextremistischer Strukturen. Diese sind inzwischen in der Vernetzung untereinander, der Nutzung des Internets und der koordinierten Planung von Morden und anderen Straftaten in einem unerträglichen Maß effizient und staatlichem Handeln oft weit voraus.

So genannte „rote Linien“ gibt es nicht. Im Gegenteil, das Benennen ebensolcher suggeriert, ein gewisses Quantum rechtsextremistischer Einflussnahme sein tolerierbar. Sie ins Feld zu führen und immer wieder je nach Gusto neu zu definieren führt zu einer Verwischung eindeutiger Verletzungen von Vereinbarungen und Gesetzen.